



## Pressemitteilung

### **Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant: Ein notwendiger Schritt zur Gerechtigkeit – Kritik an gefährlicher Rhetorik des Präsidenten des Zentralrats der Juden Dr. Josef Schuster**

Wir begrüßen die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Haftbefehle gegen Israels Premierminister Benjamin Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant zu erlassen. Dieser Schritt ist von zentraler Bedeutung, um die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Gazastreifen zu untersuchen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Die Vorwürfe gegen Netanjahu und Gallant wiegen schwer. Sie werden mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach Art. 7 des Römischen Statuts durch vorsätzliche Tötungen, Verfolgung und andere unmenschliche Handlungen beschuldigt. Ein weiterer Vorwurf betrifft ihre gezielten und vorsätzlichen Handlungen, der Zivilbevölkerung im Gazastreifen grundlegende Überlebensgüter wie Nahrung, Wasser, Medikamente, Brennstoffe und Strom verweigert zu haben. Diese systematische Blockadepolitik hat eine humanitäre Katastrophe ausgelöst und verstößt klar gegen das humanitäre Völkerrecht.

Die Reaktion Netanjahus auf die Haftbefehle des IStGH ist nicht nur befremdlich, sondern auch gefährlich. In einer Erklärung bezeichnete er die Entscheidung als „antisemitisch“ und von „voreingenommenen Richtern getrieben von antisemitischem Hass gegen Israel“. Solche Anschuldigungen sind nicht nur unbegründet, sondern eine gezielte Strategie, um die Legitimität des Gerichts zu untergraben und die internationale Gemeinschaft zu spalten. Antisemitismus ist eine reale Bedrohung, die mit aller Entschlossenheit bekämpft werden muss. Doch ihn als Schutzschild zu missbrauchen, um sich gegen legitime Vorwürfe von Kriegsverbrechen zu verteidigen, ist ein gefährliches Ablenkungsmanöver und eine durchsichtige und billige Strategie, um Kritiker seiner rassistischen und barbarischen Politik zu diskreditieren und mundtot zu machen. Diese Rhetorik schwächt den Kampf gegen echten Antisemitismus und verletzt die universelle Forderung nach Gerechtigkeit.

Mit Bestürzung und Unverständnis nehmen wir auch die Aussagen von Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, zum Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs zur Kenntnis. Seine Stellungnahme wirft ernste Fragen auf: Tritt Dr. Schuster hier als Vertreter einer Religionsgemeinschaft in Deutschland auf, oder spricht er als Verteidiger des israelischen Ministerpräsidenten, dessen Regierung wiederholt für Kriegsverbrechen und die systematische Missachtung internationalen Rechts verantwortlich gemacht wird?

Die Kriegsverbrechen Israels, die gegen die Zivilbevölkerung im Gazastreifen ausgeübt werden – darunter die grausame Tötung von 20.000 Kindern und insgesamt 50.000 wehrlosen Zivilisten – lassen sich unmöglich als Selbstverteidigung rechtfertigen. Es handelt sich hierbei

um Handlungen, die sowohl moralisch als auch rechtlich auf keinen Fall zu verteidigen sind und dringend einer unabhängigen juristischen Überprüfung bedürfen.

Dr. Schuster diskreditiert mit seinen Worten nicht nur die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs, sondern perpetuiert eine gefährliche Rhetorik, die die Opfer im Gazastreifen unsichtbar macht und die Verantwortung Israels für die humanitäre Katastrophe leugnet. Der Vorwurf einer angeblichen "Täter-Opfer-Umkehr" verkennt die Realität des Konflikts und ignoriert die Verantwortung der israelischen Regierung für die humanitäre Katastrophe in Gaza.

Deutschland hat eine historische Verantwortung, die jedoch nicht dazu führen darf, internationales Recht und universelle Menschenrechte zu relativieren. Es ist Aufgabe einer Demokratie und ihrer Vertreter, auch schwierige Wahrheiten anzuerkennen und Verantwortung für das Handeln ihrer Partner einzufordern. Der Zentralrat der Juden sollte und soll diesen Grundsätzen in Deutschland verpflichtet bleiben und darf sich nicht zum Sprachrohr einer Regierung machen, die wegen ihrer Kriegsverbrechen international isoliert ist.

Die strafrechtliche Verantwortung liegt zweifellos bei den politischen und militärischen Führern, doch die Rolle des israelischen Volkes darf dabei auch nicht unbeachtet bleiben. Große Teile der israelischen Gesellschaft haben durch Schweigen, Zustimmung oder aktive Unterstützung dazu beigetragen, dass diese Verbrechen ungehindert begannen und fortgesetzt werden konnten. Die wiederholte Wahl von Politikern wie Netanjahu, die eine Politik der Besatzung, der Apartheid und des Völkermords vertreten und fortsetzen, zeigt eine erschreckende Akzeptanz dieser rassistischen und barbarischen Politik in großen Teilen der israelischen Gesellschaft. Hinzu kommt das Fehlen eines breiten gesellschaftlichen Widerstands gegen dieses Apartheitsregime. Diese stillschweigende Duldung oder sogar Unterstützung trägt entscheidend zur Fortsetzung der völkerrechtswidrigen Verbrechen Israels bei. Eine Gesellschaft hat die moralische Pflicht, Unrecht zu erkennen und dagegen aufzustehen. Schweigen macht mitschuldig. Es ist dringend notwendig, dass die israelische Gesellschaft ihre Rolle in diesem Völkermord und Kriegsverbrechen kritisch reflektiert und sich für einen Wandel einsetzt. Nur durch eine ehrliche Auseinandersetzung mit der eigenen Mitverantwortung kann eine gerechte und friedliche Zukunft entstehen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist als Mitglied bzw. Vertragspartner des Internationalen Strafgerichtshofs und als Verteidigerin des humanitären Völkerrechts verpflichtet, entschlossen zu handeln. Deutschland darf nicht länger durch seine politische, finanzielle und militärische Unterstützung die Straffreiheit begünstigen. Sollte einer der beiden deutschen Boden betreten, ist die Bundesregierung rechtlich verpflichtet, sie zu verhaften und an den IStGH zu überstellen. Alles andere wäre ein eklatanter Bruch des internationalen Rechts und ein Verrat an den Opfern der Verbrechen. Wir fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf, ihre bisherige Mitverantwortung an den israelischen Kriegsverbrechen kritisch zu hinterfragen und jegliche Unterstützung für diese Verbrechen und Verbrecher unverzüglich einzustellen.

22. November 2024

Ramazan Kuruyüz

Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen/IRH